

ÄRZTE-PFUSCH

Klasnić gewinnt

Werder Bremens ehemaliger Mannschaftsarzt Jörg Dimanski ist verantwortlich für den Nierenverlust von Ex-Fußballprofi Ivan Klasnić. Das hat am Freitag das Landgericht in Bremen entschieden. Klasnić bekommt 100.000 Euro Schmerzensgeld und Verdienstausfall plus Zinsen für das Jahr 2007. Wie hoch letzterer zu bemessen ist, wird noch verhandelt werden. Klasnić hat auf 1,1 Millionen Euro geklagt. Er hat nun außerdem Anspruch auf Entschädigungen bei Folgeschäden.

Das Gericht begründete das Urteil so: „Die Fehler von Dimanski sind in der Summe grob fahrlässig.“ Ebenso hält die Zivilkammer Werders Therapiezentrum, eine weitere Internistin und ihren Arbeitgeber, das Reha-Zentrum Bremen, für verantwortlich. Die Internistin hatte Klasnić schlechte Nierenwerte bei einer Sporttauglichkeitsuntersuchung nicht erkannt. Für Klasnić ist das Urteil ein Maximal-Erfolg. Einer möglichen Revision sehe man gelassen entgegen, sagte sein Anwalt.



Während Klasnić auf eine Spenderlunge wartet und dreimal die Woche zur Dialyse muss, sagte Dimanski, ganz Gott in Weiß, der *Kreiszeitung*: „Ich bin extrem überrascht. Ich gehe davon aus, dass ich der Einzige bin, der die Fakten richtig kennt.“ Naja. Die Akten zu dem Fall, die Klägern, Anwälten, Richtern, aber auch Angeklagten bekannt sein dürfen, füllen mittlerweile über 1.500 Seiten, die Klage läuft seit 2008. Laut Gericht und nach menschlichem Ermessen hat Dimanski sehr viele irdische, in der Summe gar juristisch grobe Fehler gemacht.

Er wusste bereits 2002 von einer „mittelschweren Niereninsuffizienz“ von Ivan Klasnić – klärte den Fußbalprofiler nicht mal über dessen Leiden auf. Und entgegen der Empfehlung eines Spezialisten leitete er keine regelmäßigen Untersuchungen ein, die notwendig gewesen wären. Ein Gutachten zeigt laut Gericht, dass Klasnić Nierenleiden bei einer frühen Behandlung eine Heilungschance von 50 bis 70 Prozent gehabt hätte.

Foto: dpa

Das Bundesland-Gefälle In Hamburg spenden statistisch 22,4 Menschen pro einer Million Einwohner ein Organ. Damit sind die Hamburger deutschlandweit Spitzenreiter



In Bremen spenden im Schnitt nur 7,4 Menschen pro einer Million Einwohner ein Organ – damit ist Bremen Schlusslicht in der Rangliste der Bundesländer

Die ZAHLEN HAT DIE STIFTUNG ORGANTRANSPLANTATION HERAUSGEGEBEN.
DEMNAK WURDEN IM VERGANGENEN JAHR 2.867 ORGANE NACH DEM TOD DES SPENDERS GESPENDET. IM JAHR 2015 WAREN ES NOCH 2.901

GJO

Die Spedition Kühne+Nagel erwarb in der Nazizeit mindestens zwei Flecken auf der Weste. Zum einen war es die „freundliche“ Übernahme der Geschäftsanteile von Adolf Maas, welcher später in Auschwitz umkam. Zum anderen die wesentliche Beteiligung am Grobrazub jüdischer Besitztümern in europäischem Ausmaß.

Beides zusammen sind Grundsteine des heutigen Erfolgs und Reichtums für die Firma, für Klaus-Michael Kühne persönlich und seine Stiftung. Beides fehlt im Selbstbild des Unternehmens, auf der Homepage findet sich kein Wort dazu. Man kann sich vorstellen, wie die Abschirmung läuft – eine mimosenhafte Schweigsamkeit nach dem Motto: „Was wollt ihr von mir? Ich habe nichts damit zu tun, ich unterstütze Oper und Konzert, ich will meine Ruhe.“

Kritiker wollen erzwingen, was von allein nicht kommt, nämlich die Übernahme von Verantwortung für die Geschichte des eigenen Familienbetriebs – das heißt zumindest: für einen unverfälschten Darstellung. Die Initiatio-

nen dieses Prozesses lassen nicht locker, es wird recherchiert, in die Bremerische Bürgerschaft hineingetragen, ein Wettbewerb künstlerischer Ideen organisiert und mit der Jüdischen Gemeinde gemeinsam durchgeführt. Deutschlandweit spenden viele Hundert Unterstützer für das Projekt. Ein Mahnmal soll installiert werden, auch gegen den ausdrücklichen Willen des weltweit drittgrößten Logistik-Konzerns.

Es folgen Stellvertreterkämpfe. Koalitionspartner in der Landesregierung streiten: Die Grünen unterstützen das Projekt, die Sozialdemokraten suchen lieber Rat bei der Handelskammer. Dort entsteht ein anderes Vorhaben. Es gehöre sich nicht, eine Firma anzuprang-

ern, denn alle Bremer seien am Verbrechen beteiligt gewesen. So müsse man gemeinsam mit dem Vorstand von Kühne+Nagel die Forschung und Bildung finanzieren, um die Erinnerungsarbeit voranzubringen. Das Mahnmal soll an der Schlacht platziert werden, dort, wo es „Kuhnagel“, wie die älteren Bremer die Firma nennen, nicht stören würde. Auf diese Weise meint man ein Vorbild für die Jugend und die nächste Generation zu sein. Ein Kompromiss, aber mit einem faden Nachgeschmack.

Ein stellvertretendes Vorbild gibt es nicht wirklich – nach dem Motto: „Vier tragen einen Sack, einer die Verantwortung.“ Wenn Klaus-Michael Kühne und seine Bremer Belegschaft sich weiter

aus der Verantwortung heraushalten dürfen, dann aber auch aus der Vorbildrolle. Dass die Handelskammer nach einem vernünftigen Kompromiss sucht, ist übrigens in diesem Vakuum lobenswert.

Es gibt allerdings positiv anmutende Beispiele verantwortungsvollen Handelns. Der Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hat die polizeiliche Verwicklung in das Naziverbrechen recherchiert lassen, das Resultat kann man als Ausstellung im Polizeipräsidium alltäglich sehen. Die Mitarbeiter sind daraufstolz. Die Finanzsenatorin Karoline Linner (Grüne) ließ die vergleichbare Geschichte der Beamtenstech untersuchen. Die Ausstellung war selbstver-

G20-KONGRESS

Gipfel-Kritiker unter sich

Am kommenden Wochenende laden KritikerInnen des G20-Gipfels zur zweiten bundesweiten Aktionskonferenz nach Hamburg ein. Motto: „Zeit zu handeln – Vielfältig und Gemeinsam“. Das Bündnis aus linken Gruppen und AktivistInnen plant seit vier Monaten eine Gegenveranstaltung. Demonstrationen und weitere Störaktionen vor und während des Treffens der 20 wichtigsten Regierungschefs im Juli in den Hamburger Messehallen.

Die Polizei rechnet am Gipfel-Wochenende mit insgesamt 100.000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet und Europa. Für Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) kein Problem. Er geht zwar von bis zu 4.000 gewaltbereiten Demonstranten aus, fühlt sich aber gegen mögliche gewalttätige Ausschreitungen vor und während des Gipfels gut gewappnet. Das erzählte er vergangene Woche dem NDR. Schließlich habe man das Sicherheitskonzept bei der Konferenz der OSZE-AußenministerInnen im vergangenen



Dezember schon mal geprobt – allerdings mit 10.000 PolizistInnen und ohne Zehntausende Demonstranten.

Andere sind a weniger zufrieden als Grote. Die Hamburger Strafvollzugsbediensteten etwa warnen vor einem personellen Kollaps während des Gipfels, wenn die Innenbehörde für die rund 500 zusätzliche geschaffenen Arreststellen von den jetzt schon unterbesetzten Strafvollzugsanstalten Personal abbestellt. Und die Feuerwehr fühlt sich nicht vor Angriffen von Autonomen geschützt.

Naja, angefeindet wollen die TeilnehmerInnen der Aktionskonferenz keinen. Aber was genau sie vor und während des Gipfels tun wollen, beraten sie am nächsten Wochenende im Ballsaal des FC St. Pauli. Fest steht jedenfalls jetzt schon, dass das Bündnis am 5. und 6. Juli zu einem alternativen Gipfel einlädt, am 7. Juli zu zivilem Umgehorsam und Blockade der Sicherheitszonen aufruft und am 8. Juli die Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität“ angemeldet hat.

AWEW

LUFTSCHLOSS-FABRIK

Opfer büßen Polizeieinsatz

Mehr als ein Jahr ist es her, dass ein Großaufgebot der Polizei das alternative Kulturzentrum Luftschlossfabrik nebst Wohnwagenplatz auf der Flensburger Harniskaspitze räumte. Auf Antrag der Stadt. Und aus Prinzip. Denn das Gelände, auf dem mal Flugboote gebaut werden sollten, war nach dem Flop formal besetzt, wenn auch mit Billigung der Eigenerin.

Während der Räumung war es zu Polizeiübergriffen gekommen, die der SHZ-Verlag in einem Video online dokumentierte. Doch am kommenden Dienstag um 10.30 Uhr muss sich kein Polizeibeamter vor dem Flensburger Amtsgericht verantworten, sondern ein Bevölkerter. Dem Mann wird Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchte Körperverletzung vorgeworfen. Dabei hatte das vermeintliche Opfer die „versuchte“ Körperverletzung gar nicht angezeigt. Die Staatsanwaltschaft Flensburg beharrt aber darauf, diesen möglichen Tatbestand aus „öffentlichen Interesse“ auch zur Anklage zu bringen.

Hingegen bleiben die deutlich dokumentierten Polizisten-Tritte und -Faustschläge ins Gesicht von Luftschlossfabrik-Unterstützern ohne Konsequenzen. Die Verfahren wurden eingestellt, was den Fraktionschef der Piratenpartei im Kieler Landtag, Patrick Breyer, empört: „Der Generalstaatsanwalt sollte öffentlich erklären, welche Aufnahmen und Zeugenaussagen dieser Entscheidung zugrunde liegen.“

Übrigens: Das geräumte Areal an der Harniskaspitze ist wieder eine ungenutzte Brachfläche wie vor dem Luftschlossfabrik-Intermezzo. „Da zeigt sich, dass es sich bei der Räumung durch die Stadt nur um Symbolpolitik gehandelt hat“, sagt der Angeklagte. Von den Versprechungen der Stadt, einen neuen Bauwagenplatz unter Bürgerbeteiligung zu finden, ist nichts übrig geblieben. „Es gab gute und realistische Vorschläge, aber schließlich waren der Stadt die Erschließungskosten von 20.000 Euro zu teuer“, so der Aktivist. Die Räumung wird mehr gekostet haben. KVA

STELLUNGNAHME DER JÜDISCHEN GEEMINDE BREMEN ZUM BREMER „ARISIERUNGS“-MAHNMAL

Verantwortung kann man nicht erzwingen

DER STANDORT-KOMPROMISS HAT EINEN FÄDEN NACHGESCHMACK, DOCH IMMERHIN ÜBERNIMMT DIE STADT VERANTWORTUNG – ANDERS ALS KÜHNE+NAGEL, MEINEN ELVIRA NOA UND GRIGORI PANTJUELEV

ständlich im Haus des Reichs selbst platziert – und nicht 400 Meter entfernt.

Wir bedauern jegliche Verweigerung des Dialogs und freuen uns über jede Bereitschaft zum Dialog. Zum hanseatischen Selbstverständnis gehören auch Tugenden. Eine davon ist soziale Verantwortung. Für das Gemeinwohl Menschen – in hanseatischer Tradition.

■ **ELVIRA NOA**, 63, leitet die Jüdische Gemeinde Bremen seit 1994.

■ **GRIGORI PANTJUELEV**, 58, ist ihr Stellvertreter seit 2002.

Dieser Text war mit dem „Weser-Kurier“ als Gastbeitrag verabredet und sollte spätestens am vergangenen Montag zum rot-grünen Bremer Koalitions-gefeier erscheinen, der den Mahnmal-Standort als zentrales Thema hatte. Stattdessen lehnte der „Weser-Kurier“ den Abdruck dieser Stellungnahme der jüdischen Gemeinde zum Umgang mit der Bebauung der jüdischen Bevölkerung nun gänzlich ab.